

ATLANTIK-BRÜCKE E.V.

"Die transatlantische Wertegemeinschaft ist einer grundsätzlichen Herausforderung ausgesetzt" Rede von Peer Steinbrück auf dem Atlantik Ball der Atlantik-Brücke, 25. Februar 2017, Berlin

Lieber Herr Merz, vielen Dank für die freundliche Begrüßung und vor allen Dingen für das, was sie alles weggelassen haben. Liebe Botschafterin Gervais-Vidricaire, lieber Herr Logsdon, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach der protokollarisch perfekten Ansprache von Herrn Merz, lassen Sie mich es bei dieser Begrüßung belassen.

Es ist für einen Redner auf einem so festlichen Abend, wie wir ihn hier heute feiern, einer Gala, einem Ball, immer etwas schwierig, eine Rede zu halten, weil Sie eigentlich so schnell wie möglich zum Hauptgang wollen oder Ihre Tischgespräche fortsetzen möchten oder aber auch von mir jetzt eine sehr unterhaltsame Rede erwarten und nicht eine, die eher schwermütig ist. Und die Veranstalter erwarten, dass ich mich strikt an die fünfzehn Minuten halte, weil sie mir dann den Stecker hier rausziehen.

Sie wissen, dass Politiker – in meinem Fall auch Ex-Politiker – die Neigung haben, jede Redezeit zu überziehen. Ich kenne auch einen Politiker, der nicht fünfzehn Minuten geredet hat, der hat dreißig, vierzig Minuten geredet. Dann gingen die hinteren Reihen aus dem Saal, dann die mittleren Reihen, und ganz zum Schluss saß nur ein einziger Mann, Herr Merz, im Saal.

Da unterbrach dieser Redner, leicht irritiert, seinen Redefluss, und stellte die Frage: "Sagen Sie mal, warum sitzen Sie eigentlich noch hier?" Und daraufhin bekam er die Antwort: "Ich bin derjenige, der nach Ihnen reden soll."

Ich bin in der Tat gebeten worden, ich möge doch auch etwas unterhaltsam reden. Aber nach dieser Eingangsanekdote will ich Ihnen freimütig gestehen, dass mir danach in diesen Zeiten nicht zumute ist. Das sind Zeiten, meine Damen und Herren, in denen ich angesichts eines taumelnden Kontinentes Europa, einer Renaissance autokratischer und auch nationaler Tendenzen, eines geplatzten Traumes einer postsowjetischen Friedensordnung und einer erhofften strategischen Partnerschaft zwischen Russland und Europa, zerfallender Staaten im Nahen Osten und auch in Afrika mit der Folge einer Flüchtlingsbewegung und eines Exportes des Terrorismus, bis hin zu einer in jüngster Zeit erheblichen Verstörung im transatlantischen Verhältnis, denjenigen zustimme, die von einer Zeitenwende reden. Und ich stimme zu.

Was das transatlantische Verhältnis betrifft, will ich auf die Flut von Tweets, von widersprüchlichen Einlassungen, von teilweise befremdlichen Personalentscheidungen und dem Umgang mit Diplomatie und Justiz des neu gewählten US-Präsidenten gar nicht eingehen. Aber ich gebe zu, sie verstören jedenfalls mich. Und ich drücke mich an dieser Stelle vielleicht etwas undiplomatischer aus, als Herr Merz das als Vorsitzender der Atlantik-Brücke tun konnte.



ATLANTIK-BRÜCKE E.V.

Selbst wenn der Satz zur Einwanderungspolitik, der vor einigen Wochen gefallen ist – "Schaut euch an, was gestern Abend in Schweden passiert ist" –, von der schwedischen Zeitung "Aftonbladet" unter

Hinweis auf bahnbrechende Geschehnisse "gestern Abend in Schweden" eher in Heiterkeit überführt wird, zum Beispiel, dass die Tonprobe des 87-jährigen Sängers Owe Thörnqvist zum Eurovision Song Contest leider nicht so richtig geklappt hat, oder dass ein IKEA-Schrank nicht richtig aufgebaut worden ist — überwiegt in vielen Fällen das Entsetzen.

Mir erscheinen manche – diplomatisch ausgedrückt (und dazu bin ich, wenn ich einigermaßen luzide bin, durchaus in der Lage) – Eigenartigkeiten allerdings eher als Petitessen gegenüber vier oder fünf entscheidenden Fragen, mit denen wir uns beschäftigen müssen:

Erstens, wie reagiert dieser US-Präsident mit welchen Befähigungen in Krisenzeiten?

Zweite Frage: Untergräbt dieser Präsident insbesondere in seinem Umgang mit Justiz und Medien – die er jüngst zu Feinden des amerikanischen Volkes erklärt hat und welche, wie heute gemeldet wurde, wie die "Los Angeles Times", CNN und die "New York Times" aus dem Corps der Journalisten des Weißen Hauses ausgeschlossen worden sind – das amerikanische Verfassungssystem?

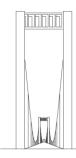
Und vielleicht für uns Europäer wichtiger: Welche Auswirkungen hätte dies auf das, wie der Historiker Heinrich August Winkler es ausdrückt, "normative Projekt des Westens" als Vorbild für andere Regionen der Welt? Und mehr noch auf die Kohäsion des westlichen Verteidigungsbündnisses? "Was verteidigt denn dann die NATO?", um eine berechtigte Frage der Journalistin Christiane Hoffmann aufzugreifen.

Viertens: Welche Auswirkungen hat die Politik dieses Präsidenten auf den Freihandel und damit auf einen der entscheidenden Wohlstandsfaktoren, nicht nur für Deutschland? Offenbar ist nur wenigen Deutschen gegenwärtig, dass dieser Wohlstand zu 40 bis 45 Prozent von Handelsbeziehungen abhängig ist. Was vielleicht ein Schlaglicht auf die Merkwürdigkeit der Debatten zu internationalen Freihandelsabkommen wirft.

Und ich könnte fünftens hinzufügen: Wer füllt das machtpolitische Vakuum, das bei einem Rückzug der USA entsteht?

Das sind in meinen Augen viel wichtigere Fragen als die eine oder andere Eigenartigkeit, die die täglichen Meldungen beherrscht. Wir sollten uns auf diese Fragen konzentrieren.

Der Mann ist gewählt. He is a matter of fact und not fake news. Also werden wir uns darauf einstellen und uns damit zu arrangieren haben. Zweifellos führt dies erkennbar zu demselben Plädoyer, das Herr Merz schon gehalten hat. Dass nicht nur die Atlantik-Brücke und Sie alle als Mitglieder oder Gäste der



Atlantik-Brücke e.V.

Atlantik-Brücke, wie alle anderen Organisationen, die sich für die transatlantischen Beziehungen einsetzen, jede Möglichkeit nutzen sollten, die Verbindung zu denjenigen in den USA zu pflegen, die den hohen Stellenwert der transatlantischen Beziehung, gerade in unsicheren Zeiten, genauso vertreten wie wir, und die sich dafür einsetzen, dass die atlantische Brücke nicht zu einer hochgezogenen Klappbrücke wird. Das wird und bleibt das zentrale Anliegen dieser Atlantik-Brücke.

Wir sollten uns — und das ist mein darüber hinaus gehendes Plädoyer — allerdings nicht hypnotisieren lassen. Das Ausmaß, in dem deutsche Medien und auch unsere Debatte auf diesen neuen Präsidenten fokussiert sind, finde ich falsch. Wir sollten uns als Europäer eher auf uns selbst besinnen und konzentrieren. Wir sollten dies tun, ohne diesen atlantischen Kontext darüber in Frage zu stellen, dort wo er von gemeinsamen Interessen getragen ist. Im Sinne der Wahrhaftigkeit füge ich hinzu, dass es keineswegs so sein muss, dass wir überall die gleichen Interessen haben. Wir haben sie erkennbar, nach einem, wie ich finde, bemerkenswerten Besuch des kanadischen Premierministers, mit dem anderen Partner auf dem nordamerikanischen Kontinent. Und das finde ich, Frau Botschafterin, sehr beruhigend, dass es dort sehr viele Übereinstimmungen gibt, und ich bedanke mich sehr für den überzeugenden Auftritt Ihres Premierministers in Deutschland.

In dieser Sicht — und jetzt kommt der Teil, der anstrengend sein wird —, dass wir Europäer uns sehr viel stärker auf uns selbst konzentrieren sollen, wird Deutschland eine besondere Verantwortung und Initiativkraft zufallen. Spätestens nach der demnächst vor der Haustür stehenden französischen Präsidentschaftswahl, bei der nach meiner Einschätzung die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass wir es anschließend mit einem pro-europäischen französischen Präsidenten und einem Konfidenten von Deutschland zu tun haben werden, und nach der Bundestagswahl im Herbst wird eine neue deutschfranzösische Schubkraft von zentraler Bedeutung sein. Es wird aber nicht nur um ehrgeizige politische und diplomatische Anstrengungen gehen, sondern auch um das Eingeständnis, dass eine solche Schubkraft im Sinne des europäischen Zusammenhaltes, insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland mit monetären Lasten verbunden ist, was die Wählerschaft nicht gern hört.

Im Telegrammstil:

- Wir werden erstens für die Bündnis- und Einsatzfähigkeit der Bundeswehr im Rahmen der NATO und völkerrechtlich legitimierter Einsätze außerhalb Europas, aber im Interesse Europas, gewährleisten müssen. Es wird keinen wie auch immer gearteten Deal mit Russland zu Lasten der mittelosteuropäischen Sicherheitsbedürfnisse geben können. Die lange insbesondere in Deutschland gehegte Illusion, die NATO sei eine Art Technisches Hilfswerk, das mit Militär nichts zu tun hat, ist in dieser Zeitenwende in meinen Augen geplatzt. Dass es dabei auch um den vielzitierten Anteil von zwei Prozent der Verteidigungsausgaben an der jeweiligen nationalen Wirtschaftsleistung ankommt, ist zweifellos nicht länger zu tabuisieren. Aber von einer nicht minder großen Bedeutung ist das Thema der europäischen Standardisierung von Waffensystemen aus Effizienzgründen, wenn



Atlantik-Brücke e.V.

Sie sich vorstellen, dass die Europäer insgesamt 178 unterschiedliche Waffensysteme haben und die Amerikaner 30 vergleichbare. Also wird es darum gehen, die Militärausgaben effizienter einzusetzen.

 Wir werden zweitens das ökonomische Paradigma, mediterrane Staaten zu einem Reformkurs bis hin zu Austerität mit der Folge zu treiben, dass anschließend demokratische Parteien ihre Legitimation verlieren, korrigieren müssen. Es wird eine Überarbeitung der Fiskalregeln geben müssen, zusätzlich zu den Anstrengungen, die erkennbaren ökonomischen Disparitäten innerhalb der Europäischen Währungsunion und der Europäischen Union insgesamt jedenfalls zu glätten.

Die Zukunft des Euro entscheidet sich übrigens nicht in Griechenland, sondern in Italien! Unter der Voraussetzung, dass meine Prognose richtig ist, dass Marine Le Pen die Präsidentschaftswahl nicht gewinnt. Politische Wahrhaftigkeit gebietet endlich das Eingeständnis, selbst vor einer Bundestagswahl, dass Griechenland auf lange Zeit nicht in der Lage ist, die Tragfähigkeit seiner Schulden zu gewährleisten. Meine Enkelkinder werden es noch mit der Rückzahlung von Krediten an Griechenland bis ins Jahr 2060 zu tun haben.

Griechenland bedarf eines Schuldenschnitts mit der Ankündigung allerdings, dass ihm nie wieder eine Schuldenaufnahme durch internationale und insbesondere europäische Institutionen refinanziert wird. Nie wieder die bloße Refinanzierung griechischer Schuldenaufnahmen! Stattdessen werden europäische Fonds dafür sorgen müssen, die griechische Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere eine Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit zu erzielen, und eine Governance zu verbessern. Gelingt dies nicht, würde ich, aus meiner heute eher unabhängigen Rolle als Ex-Politiker, das Thema des Grexit nicht tabuisieren.

Und Italien, werden Sie fragen? Italien ist definitiv too big to fail! Wenn Italien in vergleichbare Schwierigkeiten wie Griechenland käme, wäre dies in meinen Augen eine existenzielle Bedrohung der Europäischen Währungsunion. Also werden wir die Regeln nach Maastricht und auch die Regeln der Europäischen Bankenunion als Prinzip nicht so hochhalten können, dass dieses Land anschließend durchfällt. Das nennt man Realpolitik.

Den Europäischen Stabilitätsmechanismus, ESM genannt, werden wir eher früher als später in einen Europäischen Währungsfonds, analog dem Internationalen Währungsfonds, entwickeln müssen.

- Wir werden drittens den europäischen Bankenmarkt konsolidieren müssen. Der droht gegenüber einem sehr stark kapitalmarktgetriebenen US-Bankenmarkt ins Hintertreffen zu geraten. Dabei geht es nicht um eine Deregulierung schlechthin, wie Präsident Trump dies angekündigt hat, sondern es geht um eine angemessene Reduzierung unsinniger regulatorischer Kosten und damit eine Erhöhung der Profitabilität von Banken in Europa. Und machen wir uns nichts vor: Eine deutsche anmaßende Selbstvergewisserung, dass wir stabile Verhältnisse in Deutschland hätten, trifft nicht



Atlantik-Brücke e.V.

zu. Wir haben ein Over-Banking in Deutschland und stehen ebenfalls vor Konsolidierungszwängen. Es geht ferner um eine geordnete Abwicklung von Zombie-Banken und die Entwicklung eines konkurrenzfähigen Kapitalmarktes in Europa.

- Wir werden viertens angesichts fortwährender und möglicherweise verstärkter Flüchtlingsströme die europäischen Außengrenzen sichern müssen, wenn das Schengen-Abkommen nicht scheitern und uns eine nationale Grenzsicherung in Europa wieder trennen soll. Dabei wird man die Anrainerstaaten zum Nahen Osten und Afrika, insbesondere Italien und Griechenland, nicht noch einmal sehenden Auges so alleine lassen können, wie wir das im Vorfeld des Jahres 2015 getan haben.
- Das führt fünftens zu einer neu konzipierten und finanziell zu unterlegenden Entwicklungspolitik bezogen auf Afrika, wenn von dort nicht ein Millionenheer von Migranten auf Europa zurollen soll, das die bisherige Dimension des Flüchtlingsstroms insbesondere aus Syrien exponentiell übersteigen dürfte.
- Wir werden sechstens Großbritannien in den Brexit-Verhandlungen Konditionen anbieten müssen, die einerseits kein Präjudiz für andere Mitgliedstaaten setzen, ähnliche Absetzbewegungen zu versuchen, und die Einladung zum Rosinenpicken eröffnen, aber andererseits auch nicht zu einer andauernden Nebelwand über dem Ärmelkanal führen mit der Nachricht: nicht "Continent is cut off", but "UK is cut off."
- Und wir werden siebtens in der Auseinandersetzung mit antieuropäischen und chauvinistischen Kräften (wo sich übrigens Rechts- wie Linkpopulisten gleichermaßen treffen) eine überzeugendere Erzählung oder – um ein Modewort zu benutzen – ein überzeugenderes Narrativ über Europa, diesen wunderbaren Kontinent, entwickeln müssen. Der Euro, die EZB, nächtliche Sitzungen des Europäischen Rates, Griechenland-Rettungspakete und der Krümmungsgrad der Salatgurke reichen jedenfalls nicht aus, um das europäische Projekt in den Herzen zu verankern und auch in Deutschland für notwendige Solidarität zu werben, die andere Länder benötigen.

Es geht darum, ob sich dieser herrliche Kontinent angesichts einer fragilen Weltlage in einem neuen politischen, ökonomischen und militärischen Machtgefüge marginalisiert oder sich selbst behauptet. Dieses Europa ist nicht nur die Antwort auf die lange Geschichte seiner Selbstzerfleischung in diversen Kriegen, sondern auch eine Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, dievon der externen und internen Sicherheit über den Klimawandel bis zu einer Stabilisierung der Finanzmärkte in keinem Fall mit einem Rückzug in die nationale Wagenburg gelöst werden können. Das alles, meine Damen und Herren, wird einer deutschen Wahlbevölkerung zu erklären und zu vermitteln sein, die teils aus einer berechtigten historischen Schuld und einer Entwöhnung unter dem Schutzschild der USA einer deutschen Führungsrolle mit der Übernahme internationaler Verantwortung skeptisch bis ablehnend gegenübersteht und die teils unter dem Rubrum, "Zahlmeister Europas" zu sein, den für uns wirtschaftlich und sicherheitspolitisch existenziellen Grundsatz entweder nicht



Atlantik-Brücke e.V.

verstehen will oder kann, dass es unserem Land immer nur so gut geht, wie es unseren Nachbarn gut geht. Deshalb werden wir Ressourcen einsetzen müssen.

Wahrscheinlich hat es in den deutsch-amerikanischen und auch innereuropäischen Beziehungen seit Gründung der Atlantik-Brücke 1952 selten oder gar nicht eine Zeit gegeben, in der die Bewahrung der transatlantischen Wertegemeinschaft ebenso wie die gemeinsamen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen einer so grundsätzlichen Herausforderung ausgesetzt war wie aktuell.

Eine so wichtige Einrichtung wie die Atlantik-Brücke wird sich daher der Aufgabe stellen müssen, ihre Prioritäten und Initiativen zu überdenken, sollte die offizielle Politik auf der gegenüberliegenden Brückenseite den Transatlantizismus in Frage stellen. Mir ist eine jüngste Einlassung des Chef-Beraters des amerikanischen Präsidenten sehr bewusst, nämlich des viel zitierten Stephen Bannon, der die

Europäische Union für eine fehlerhafte Institution hält und sich darauf zurückziehen will, dass die USA nur noch bilateral mit einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zusammenarbeiten sollte. Dieser Debatte etwas Nahrung zu geben und weniger von dem neuen amerikanischen Präsidenten hypnotisiert oder fixiert zu sein, war der Kern dieser Rede, auch wenn sie wie ein etwas unverdaulicher Zwischengang anmutet.

Deshalb will ich mit einer Anekdote schließen, zu der meine Frau allerdings schon die Noten zum Mitsingen hat. Einen ähnlichen festlichen Anlass wie diesen hat es in den Dreißigerjahren in London gegeben, an dem der damals nicht in einer offiziellen Funktion tätige Winston Spencer Churchill teilnahm. Er wurde neben Lady Astor platziert und war den ganzen Abend garstig, unhöflich, keiner Konversation zugänglich, sodass nach einer Zeit Lady Astor zu Mr. Churchill sagte: "Mr. Churchill, if I were your wife, I would poison your glass of wine." Er aber reagierte mit dem Satz: "Well, mylady, if I were your husband I would drink it." Ich möchte die Herren an allen Tischen auffordern, dass es zu einer vergleichbaren Konversation heute Abend nicht kommt. Herzlichen Dank.